

Polizeisozioologische Perspektiven auf gesellschaftliche Transitionen

Ordnung, Konflikt und Macht in Zeiten multipler Krisen

Simon Egbert und Jasper Janssen

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Polizeisozioologische Perspektiven auf gesellschaftliche Transitionen«

Einleitung

Gesellschaftliche Transitionen sind Phasen des Umbruchs und mithin verdichteter Unsicherheit. Sie entstehen, wenn ökonomische, technologische oder politische Veränderungen vertraute Routinen erschüttern und gesellschaftliche Ordnung neu ausgehandelt werden muss – dies geschieht oft im Rahmen von Krisen (Steg 2020). In eben solchen Momenten, so argumentieren wir in diesem Beitrag, rückt die Polizei ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie steht für viele Bürger:innen für Stabilität, Sicherheit und Kontinuität, wird mit den negativen Begleiterscheinungen von gesellschaftlichen Umwälzungen mit als erstes konfrontiert und wird aber auch selbst von eben den Transformationsprozessen erfasst, die sie bearbeiten soll.

Dies macht die Polizei in Zeiten gesellschaftlicher Transition zu einer besonders sichtbaren Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft. Polizeiliches Handeln und die von Polizeibehörden ausgehende Kommunikation entscheiden mit darüber, ob Krisen als kontrollierbar oder als bedrohlich wahrgenommen werden. Damit wird die Polizei zu einer Art Seismograph sozialer Spannungen: Sie registriert Proteste, Unruhen und Verunsicherungen, übersetzt sie in operative Kategorien und bearbeitet sie im Rahmen rechtlicher und auch politischer Vorgaben. Sie zeichnet diese Spannung aber nicht neutral auf, sondern verändert und kanalisiert sie. Insofern birgt jede gesellschaftliche Krise dabei auch eine Krise der Polizei in sich, in der sich ihr Verhältnis zu Öffentlichkeit und Recht durch Schwerpunktsetzungen und Diskurse potenziell neu definiert (Hall et al. 1978).

Die vergangenen Jahre haben diese Dynamik in besonderer Schärfe gezeigt. Die Corona-Pandemie, Klimaproteste, die Digitalisierung von Sicherheitsarchitekturen und wachsende soziale Polarisierung sind Beispiele, in denen die Polizei mit neuen Erwartungen und Herausforderungen konfrontiert ist (Nielson et al. 2022; Gulliver et al. 2023; Singelstein 2025; Honekamp und Kemme 2025). Sie soll gleichermaßen kommunikativ wie durchsetzungsstark, transparent und zugleich handlungsfähig sein. Diese widersprüchlichen Anforderungen offenbaren die Spannungen, welche die Polizei in modernen Gesellschaften stets strukturell begleiten: Sie soll die Freiheit (der einen) schützen, und tut dies auch, indem sie die Freiheit (der anderen) begrenzt. Dabei schützt und begrenzt sie jedoch nicht neutral, sondern

folgt in der Selektivität ihres Ermessens den Konfliktlinien und Hierarchisierungen gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Im Ringen um die ‚gute‘ Ordnung begleitet die Polizei dabei auch ein ihr innewohnendes Spannungsverhältnis: Denn die widerstreitenden Dynamiken zwischen Kompetenzausweitung und Verselbstständigung auf der einen und Ambitionen der Begrenzung und Kontrolle auf der anderen Seite charakterisieren die institutionelle Ambivalenz der Polizei in modernen Demokratien (Loick 2018; Derin und Singelstein 2022).

Polizeisozioologische Forschung kann diese Ambivalenzen in ihren spezifischen Ausformungen und dahinterliegenden Systembezügen sichtbar machen sowie damit einhergehenden Entwicklungen in ihren Logiken und Verläufen bestimmen. Polizeisozioologie interessiert sich nicht nur für die institutionellen Strukturen, sondern für die Praktiken, in denen Polizei Bedeutungen erzeugt: Ihre Einsätze, Organisationsformen und Entscheidungslogiken, die Ausdruck von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen sind. Denn es gilt: Polizei ist nicht bloß Vollstreckerin staatlicher Ordnung, sondern auch immer selbst Produzentin sozialer Realität (Derin und Singelstein 2022; Feest und Blankenburg 1972; Howe und Ostermeier 2019).

Der Beitrag behandelt die Rolle der Polizei in Zeiten gesellschaftlicher Transitionen am Beispiel aktueller Entwicklungen in Deutschland. Er zeigt, wie Polizei in Krisen agiert, welche Formen von Macht und Legitimation sie hervorbringt, wie sich ihre Organisation verändert und welche Konflikte um Ungleichheit und Zugehörigkeit dabei sichtbar werden. Ziel ist, zu zeigen, dass die Polizei relevanter Gegenstand einer soziologischen Analyse von gesellschaftlichen Transitionen ist und lohnende Anknüpfungspunkte für zukünftige soziologische Untersuchungen hervorzuheben.

Ausgehend von der These, dass jede gesellschaftliche Krise sich auch als Krise der Polizei äußert, wird zunächst dargelegt, wie polizeiliches Handeln als Seismograf sozialer Spannungen fungiert, sich im Zusammenspiel von Macht, Kontrolle und Legitimation neu konfigurieren muss und zugleich von tiefgreifenden organisatorischen, kulturellen und technologischen Wandlungsprozessen erfasst wird. Darauf aufbauend rekonstruiert der Beitrag, wie sich in polizeilichen Praktiken bestehende Ungleichheits- und Zugehörigkeitsordnungen verdichten und reproduzieren, um im Fazit zu argumentieren, dass eine polizeisozioologische Perspektive auf diese Dynamiken immer auch eine soziologische Analyse gesellschaftlicher Transitionen insgesamt darstellt.

Die Polizei als Seismograf gesellschaftlicher Spannungen

Kaum eine Institution ist so eng mit gesellschaftlichen Konflikten verbunden wie die Polizei. Ihre Arbeit findet dort statt, wo gesellschaftliche Ordnung brüchig wird – auf der Straße, bei Demonstrationen, in Stadtvierteln, an Grenzen. In dieser Nähe zu Konfliktlagen zeigt sich, dass die Polizei kein neutrales Instrument ist, sondern selbst ein involvierter Teil der Prozesse wird, die sie bearbeitet, wodurch die Polizei auch das gesellschaftliche Bild von Konfliktakteur:innen, genau wie die Verläufe und Resultate gesellschaftlicher Konflikte wesentlich mitprägt (Derin und Singelstein 2022; Bowling et al. 2019).

Die *Corona-Pandemie* bot hierfür ein besonders deutliches Beispiel. Während viele Behörden in den Verwaltungsmodus wechselten, blieb die Polizei physisch präsent. Sie kontrollierte Ausgangsbeschränkungen, löste Versammlungen auf und musste gleichzeitig Vertrauen aufrechterhalten. Soziale Gruppen, die zuvor nie das Ziel polizeilicher Verdachtsmomente und Sanktionierung waren, gerieten plötzlich in den Fokus polizeilicher Arbeit. Für viele Beamte:innen bedeutete dies eine neue Art von Belastung: Sie standen im direkten Kontakt und Konflikt zu Bürger:innen, die staatliche Maßnahmen offen infrage stellten. In Innenstädten, auf Marktplätzen und in Wohnvierteln wurde ausgehandelt, was „Verantwortung“ und „Freiheit“ bedeuten. Die Polizei war damit Teil eines gesellschaftlichen Experiments, in dem Normen nicht mehr selbstverständlich, sondern situativ verhandelt wurden (Zeiser und Engel 2022; Brenneisen et al. 2020).

Ähnlich sichtbar wird diese Funktion in den Auseinandersetzungen um *Klimaproteste*. Die Räumung des rheinischen Dorfes Lützerath oder die Blockaden der „Letzten Generation“ waren nicht nur rein operative Einsätze, sondern auch Ereignisse mit hoher Symbolkraft. An ihnen wurden Fragen nach politischer Legitimität verhandelt, nach der Rolle des Staates in der ökologischen Transformation, nach den Grenzen zivilen Ungehorsams und nach der Verhältnismäßigkeit polizeilicher Eingriffspraktiken (Espin Grau und Singelstein 2023). Während die einen die Polizei als Garantin demokratischer Ordnung sahen, kritisierten andere sie als Instrument wirtschaftlicher Interessen. In den sozialen Medien entstanden parallele Öffentlichkeiten, in denen Einsatzbilder millionenfach geteilt und interpretiert wurden. Polizei war hier nicht mehr allein handelnde Institution, sondern – im Sinne von Andrew Goldsmith' (2010) neuer polizeilicher Sichtbarkeit – Teil einer medialen Dramaturgie, die die Bedeutung der Polizei mitprägt.

Auch *Migration und Grenzkontrolle* veranschaulichen die Rolle der Polizei als Schnittstelle zwischen globalen und lokalen Dynamiken. Die Diskurse um Flucht und Migration der letzten Jahre machten nationale Grenzen zu symbolischen Brennpunkten. Die Polizei agierte verstärkt an Bahnhöfen, in Erstaufnahmeeinrichtungen und (wieder) zunehmend an Landesgrenzen – Orte, an denen humanitäre Verpflichtungen und sicherheitspolitische Interessen unmittelbar aufeinandertreffen. Diese Einsätze zeigten, dass Polizei nicht nur (inter-)nationale Rechtsordnung, sondern zugleich moralische und politische Grenzziehungen vollzieht: Wer darf (nicht) bleiben, wer wird (nicht) kontrolliert, wem wird (nicht) geglaubt (Geugjes et al. 2022; Jellen 2025)?

Auch in *städtischen Räumen* verdichten sich gesellschaftliche Transitionen. Polizeiliche Präsenz in Bahnhöfen, Parks oder Ausgehvierteln ist Ausdruck sozialer und ökonomischer Entwicklungen: Gentrifizierung, Jugendkulturen, Verdrängung, Armut und neue Formen öffentlicher Nutzung treffen aufeinander (Thurn 2025). Oft bleibt es an der Polizei, zwischen unterschiedlichen Ansprüchen zu vermitteln. Zwischen den Sicherheits- und Ordnungsbedürfnissen von Anwohner:innen, den Freiräumen junger Menschen, den Interessen von Gewerbetreibenden und dem Aufenthaltsrecht marginalisierter Gruppen. Jede dieser Entscheidungen trägt symbolisch dazu bei, welche Formen von Öffentlichkeit legitim sind (Derin und Singelstein 2022), wobei die polizeiliche Bearbeitung die Qualität städtischer Räume (etwa durch Überwachung und die Klassifikation von Nachbarschaften als besonders gefährdeter Räume) tiefgreifend verändert.

Diese Beispiele zeigen: Polizei ist keine außenstehende Beobachterin, sondern selbst Teil der gesellschaftlichen Dynamik, die sie reguliert – nicht ausschließlich, aber gerade in Zeiten des sozialen Wandels. Sie spürt mit als erste die Verschiebungen sozialer Stimmungen, reagiert auf sie und prägt die entstehenden Phänomene so mit. Als Seismograf registriert sie Spannungen, als gesellschaftliche Akteurin übersetzt sie sie in Verwaltungshandeln und materialisiert als Exekutive die Grenzen dessen, was innerhalb der Ordnung als legitim gelten kann. Dadurch wird sie zu einem zentralen Kanal, in dem sich gesellschaftliche Transitionen materialisieren.

Macht, Kontrolle und Legitimation

In gesellschaftlichen Übergängen verändert sich das Verhältnis von Macht und Vertrauen. Polizei ist dabei immer auch Symbol staatlicher Autorität – sie steht für Durchsetzungs- und Handlungsfähigkeit des Gewaltmonopols und ist den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Kontrolle verpflichtet (Derin und Singelstein 2022; Behr 2008; Loick 2018). Doch je stärker Unsicherheit und Polarisierung wachsen, desto fragiler wird diese Autorität – nicht zuletzt deshalb, da die Polizei in ihrer Repräsentationsfunktion von Staatlichkeit, in Diskursen und Debatten nicht als neutrale, sondern politische Akteurin wahrgenommen wird, z.B. mit Blick auf Klimaproteste oder Corona-Demonstrationen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass polizeiliche Legitimation weniger durch bloße Rechtskonformität entsteht als vielmehr durch soziale Resonanz. Bürger:innen wollen verstehen, wollen Begründungen, warum bestimmte Maßnahmen ergriffen werden, und erwarten zugleich, dass Polizei mit Augenmaß handelt (Küppers 2024). Jede Situation – eine Festnahme, eine Kontrolle, eine Durchsuchung – wird heute potenziell gefilmt und als Aufnahme geteilt und kommentiert (Goldsmith 2010; Egbert et al. 2025). Legitimation wird damit zunehmend zu einem öffentlichen Aushandlungsprozess, der in (Quasi-)Echtzeit stattfindet und der das Privileg fehlender Begründungsnotwendigkeit von staatlicher Autorität zurückweist.

Insofern verschiebt die Digitalisierung die Grundlagen, nach denen Legitimität polizeilichen Handelns ausgehandelt wird. Im Versuch mehr Kontrolle über die eigene Sichtbarkeit und das Image der Polizei zu erlangen, nutzen auch Polizeibehörden vermehrt Social-Media-Kanäle und andere populäre Medienformate, um direkt mit der Öffentlichkeit in Kommunikation zu treten. Digitale Öffentlichkeiten werden so gleichermaßen mit der Gleichzeitigkeit von realen und semi-fiktionalen Repräsentationen polizeilicher Arbeit konfrontiert, wie auch durch polizeiliche Handlungsempfehlungen responsibilisiert. Selektive und kuratierte Inneneinsichten, Hashtags, Videostatements und Lageupdates sollen gesellschaftliche Bedürfnisse nach Transparenz und Bürger:innennähe befriedigen (Agoropoulos et al. 2021; Janssen und Agoropoulos 2022), erzeugen aber auch neue Erwartungen: Schnelligkeit, Reaktionsfähigkeit und Fehlerfreiheit von Informationen. Das, was früher ausschließlich im polizeilichen Bericht oder in der Gerichtsakte dokumentiert wurde, wird nun ebenso im öffentlichen Diskurs bewertet. Polizei ist dadurch nicht mehr nur Objekt von Beobachtung, sondern selbst Produzentin von Öffentlichkeit (Egbert et al. 2025), und kommuniziert eigene Deutungsrahmen darüber, wie polizeiliches (Gewalt-)Handeln zu verstehen ist. Es handelt sich um polizeiliche Ambitionen, jenseits von Legitimitätsdiskursen auf gesellschaftliche Vertrauensbestände einzuwirken (Eick et al. 2025).

Parallel dazu verändert sich der operative Alltag. Digitale Lagebilder, Datenbanken und softwaregestützte Prognosesysteme sind inzwischen zentrale Instrumente der Einsatzplanung und -durchführung (Egbert et al. 2022; Leese 2024). In Leitstellen laufen tausende Datenpunkte zusammen – von Wetterinformationen über Verkehrslagen bis hin zu statistischen Deliktmustern. Entscheidungen basieren auf algorithmischen Einschätzungen, die Effizienz versprechen, aber schwer überprüfbar sind. Für die Praxis bedeutet das: Verantwortung verschiebt sich von individuellen Entscheidungen zu systemischen Abläufen.

Die Spannung zwischen Kontrolle und Vertrauen wird auf diese Weise neu konfiguriert. Wenn Bürger:innen polizeiliche Präsenz erleben, sind sie nicht nur mit den Beamt:innen vor Ort, sondern auch mit den abstrakten Organisationen dahinter konfrontiert – dem Datenapparat, der politischen Steuerung, der symbolischen Autorität des Staates (Terpstra et al. 2019; Seidensticker und Bode 2022).

Übergangszeiten verstärken diese Dynamik. Nach Terroranschlägen, Pandemien oder politischen Krisen steigt der Wunsch nach Versicherung, gleichzeitig wächst – oft vollkommen zu Recht – die Sorge um Freiheitsrechte (Schaar 2016; Aden et al. 2020). Die Polizei steht dann vor dem Dilemma, gleichzeitig Härte und Sensibilität zu zeigen. Wie gut sie diese Balance hält, entscheidet über ihre Legitimation und darüber, ob sie als Garantin demokratischer Ordnung oder als Zeichen ihrer Erosion wahrgenommen wird.

Polizeikultur und Institutionenwandel

Der gesellschaftliche Wandel wirkt tief in die Institution Polizei hinein. Organisationen verändern sich nicht über Nacht, aber sie passen sich an, wenn die Umwelt instabil wird. In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein Prozess langsamer, aber spürbarer Transformation vollzogen: Die Polizei soll diver-

ser, reflexiver und technischer werden – und gleichzeitig ihre traditionellen Werte bewahren (Derin und Singelstein 2022; Behr 2008; Howe und Ostermeier 2019).

Ein zentrales Feld dieser Veränderung ist die Personalstruktur. Neue Rekrutierungskampagnen werben gezielt um Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Quereinsteiger:innen (Ellebrecht 2022; Weiß et al. 2022). Polizeischulen integrieren Themen wie interkulturelle Kompetenz, Kommunikation und psychische Gesundheit (Steinhäuser und Beckmann 2024; Zaiser et al. 2022; Renter 2024). Diese Öffnung signalisiert das Bestreben, die gesellschaftliche Heterogenität auch innerhalb der Organisation abzubilden. Dennoch bleibt die Binnenkultur stark von Hierarchie, Loyalität und männlicher Kameradschaft geprägt (Derin und Singelstein 2022). Diese Elemente bilden für Polizist:innen oft Grundlage professionsbezogener Vergemeinschaftung und Handlungsfähigkeit, können aber auch Innovationen behindern, wenn sie beispielsweise zur Ablehnung organisationaler Leitbilder beitragen (Behr 2008), Formen pro-organisationaler Devianz fördern (Zum-Bruch 2019) oder wenn Kritik als Illoyalität missverstanden und sanktioniert wird (Weißmann 2023; Seidensticker 2025). Parallel dazu verändern Digitalisierung und Technisierung die Arbeitsroutinen. Streifenwagen sind heute mobile Datenterminals, Einsätze werden per Tablet koordiniert, und Bodycams dokumentieren Situationen, die früher nur in Einsatzberichten beschrieben wurden. Für viele Beamt:innen bedeutet das eine Entlastung, andere befürchten neue Formen der Kontrolle (Dosdall 2023).

Die Polizei steht somit vor einer paradoxen Situation: Sie wird gleichzeitig autonomer und abhängiger. Autonomer, weil sie über mehr Informationen und Entscheidungshilfen verfügt; abhängiger, weil diese Informationen aus Systemen stammen, deren Logik sie selbst nicht vollständig beeinflussen kann. Der viel beschworene „digitale Wandel“ ist damit nicht nur eine technische, sondern eine epistemische Transformation – eine Veränderung dessen, was als Wissen gilt und wie es erzeugt wird (Flinterud und Lundgaard 2024; Lundgaard et al. 2025).

Diese Entwicklung ist keineswegs widerspruchsfrei. Viele Beschäftigte erleben den Wandel als zusätzliche Belastung: mehr Dokumentation, mehr Kontrolle, weniger Zeit für direkte Arbeit mit Menschen. Gleichzeitig wächst der Anspruch, in jeder Situation deeskalierend, kommunikativ und technisch versiert zu handeln. Polizei soll empathisch und effizient, modern und traditionsbewusst sein – eine Gleichzeitigkeit, die kaum aufrechtzuerhalten ist.

Der Institutionenwandel zeigt sich daher nicht nur in Strukturen, sondern auch in Emotionen: Stolz auf Modernisierung, Frustration über Bürokratie, Skepsis gegenüber politischer Einflussnahme (Schmidt 2023; Wilz 2012). Diese emotionalen Reaktionen zeigen, wie tiefgreifend gesellschaftliche Transitionen das Selbstverständnis einer Organisation verändern können, die lange als Inbegriff von Ordnung und Stabilität galt und geben gleichsam eine Indikation dafür, welche Richtung der organisationale Wandel in deutschen Polizeien einschlägt.

Diskriminierung und soziale Ungleichheit

Polizeiliches Handeln ist immer in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettet. Es bewegt sich in sozialen Räumen, in denen Zugehörigkeit, Normalität und Abweichung bereits vorstrukturiert sind. Diese Strukturen prägen, wer kontrolliert wird, wem geglaubt wird und wer geschützt wird. Gesellschaftliche Transitionen verschärfen solche Spannungen, weil Unsicherheit die Sehnsucht nach Eindeutigkeit verstärkt – und Eindeutigkeit oft auf Kosten bestimmter Gruppen hergestellt wird.

In den letzten Jahren haben zahlreiche Diskussionen über polizeiliche Diskriminierung gezeigt, dass Kontrolle ungleich verteilt ist. Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund, Jugendliche aus benachteiligten Stadtvierteln oder sozial marginalisierte Gruppen erleben häufiger Eingriffe (Herrnkind 2014; Thurn 2025; Niemz und Singelstein 2022). Viele dieser Begegnungen verlaufen ruhig, manche eskalieren – aber fast alle hinterlassen Spuren im Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung. Ver-

trauen ist prekär und entsteht nicht allein durch die rechtliche Begründbarkeit polizeilichen Handelns, sondern durch Wahrnehmung von Respekt und Gleichbehandlung (Behrendes 2023).

Gerade in urbanen Räumen treten diese Muster deutlich hervor. Bestimmte Viertel werden zu Symbolen von Unsicherheit erklärt, wodurch dort eine dichtere Präsenz entsteht und besondere Eingriffsrechte legitimiert werden (Keitzel 2020). Aufbauend auf dem Gefahrenabwehrrecht folgt Polizeiarbeit hier oft der Logik präventiver Kontrolle: sichtbare Präsenz soll Kriminalität abschrecken, führt aber zugleich zu häufigeren Kontakten mit den gleichen Personengruppen (Niemz und Singelstein 2022). Diese Spirale kann ein Gefühl permanenter Beobachtung und Stigmatisierung erzeugen.

Ein ähnlicher Mechanismus zeigt sich in der Behandlung von Protestbewegungen. Während Klimaaktivistinnen und -aktivisten eine breite mediale Aufmerksamkeit erfahren, bleiben andere Formen zivilen Widerstands – etwa von Geflüchteten oder antirassistischen Initiativen – oft im Schatten. Die Polizei wird damit Teil einer Hierarchisierung von Protest, die gesellschaftliche Ungleichheiten reproduziert (Derin und Singelstein 2022) und zu Stigmatisierung und Delegitimierung von Protest beitragen kann (Schuhmacher et al. 2025).

Diese Prozesse haben eine kulturelle Dimension. In der polizeilichen Alltagspraxis wirken Routinen, die Sicherheit mit Ordnung, Ordnung mit Kontrolle und Kontrolle mit Konformität verknüpfen. In Krisenzeiten verstärkt sich diese Kette: Je größer die Unsicherheit, desto stärker der Drang, Kontrolle sichtbar zu machen. Doch Sichtbarkeit ist selektiv und richtet sich so meist auf Gruppen, die ohnehin im Fokus öffentlicher Debatten stehen.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie weit die Polizei selbst Teil einer gesellschaftlichen Bewegung hin zu größerer Sensibilität sein kann. Interne Fortbildungen, Leitbilder zur demokratischen Resilienz und Diversity-Programme zeigen, dass Diskriminierung und die Gefahr des neuen Autoritarismus in der Führungsebene zunehmend als Probleme erkannt werden (Steinhäuser und Beckmann 2024). Viele Polizeibehörden bemühen sich, Offenheit und Selbstreflexion zu fördern. Doch organisatorische Routinen und Handlungsmuster lassen sich nur langsam verändern (Behr 2008, 2019). Zwischen dem Anspruch auf Gleichbehandlung und der Logik effizienter Gefahrenabwehr bleibt eine strukturelle Spannung bestehen.

In gesellschaftlichen Transitionen wird diese Spannung besonders sichtbar. Wenn ökonomische Krisen, Migration oder Klimawandel neue Konfliktlinien erzeugen, verschieben sich die Grenzen dessen, was als „normal“ oder „abweichend“ gilt. Polizei bewegt sich damit ständig in einem Feld konkurrierender Normen. Sie wird zugleich Ko-Produzentin und Spiegel sozialer Ungleichheit – und ihr Umgang mit dieser Doppelrolle entscheidet, ob sie Vertrauen gewinnt oder verliert.

Fazit

Die Polizei ist in gesellschaftlichen Übergängen ein Knotenpunkt kollektiver Selbstverständigung. Sie steht an der Schnittstelle zwischen Stabilität und Wandel, zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und dem Anspruch auf Freiheit. Ihr Handeln macht sichtbar, wie Gesellschaft in Momenten der Unsicherheit auf sich selbst reagiert.

Die hier entwickelten Gedanken verdeutlichen, dass Polizei nicht nur Ordnung sichert, sondern selbst an ihrer Herstellung beteiligt ist. Sie übersetzt Krisen in Handlungsroutinen, Konflikte in Kategorien, Unsicherheit in Verfahren. Damit formt sie Wahrnehmungen von Gefahr, Verantwortung und Zugehörigkeit.

Gleichzeitig zeigt sich: Phasen des gesellschaftlichen Übergangs sind auch für die Polizei Bewährungsproben. Jede Krise stellt potenziell ihre Legitimation infrage und zwingt sie, ihre Rolle neu zu definieren. Zunehmende rechtliche Entgrenzung bedingt gesellschaftlichen Vertrauensverlust; wenn Misstrauen überhand nimmt, droht Entfremdung zwischen Bevölkerung und Polizei. Denn die Stabilität des

Gewaltmonopols hängt weniger von Zwang und dessen formellen Legalität ab als vielmehr von der gesellschaftlich wahrgenommenen Legitimität polizeilichen Handelns.

In den kommenden Jahren werden gesellschaftliche Transformationen – Digitalisierung, Klimawandel, geopolitische Konflikte – die Polizei weiter herausfordern. Wenn sie ihre demokratische Integrität bewahren will, wird sie mehr denn je auf Kooperation angewiesen sein: mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Polizeisozioologische Forschung kann dabei helfen, gesellschaftliche Konfliktlinien sichtbar zu machen, ihre Mechanismen und Rationalitäten zu verstehen und Wissensgrundlagen für Kooperationsbemühungen liefern.

Die Analyse der Polizei ist damit auch eine Analyse der Gesellschaft. In ihren Praktiken verdichtet sich, was eine Gesellschaft über Ordnung, Macht und Gerechtigkeit denkt. Jede Einsatzstrategie, jedes Kommunikationskonzept, jede Reform ist Ausdruck dieser Selbstdeutung. Übergänge machen diese Strukturen sichtbar – sie legen offen, wie stabil Demokratie und ihre Polizei tatsächlich sind, wenn sie mit Unsicherheit konfrontiert wird.

Literatur

- Aden, Hartmut, Clemens Arzt und Jan Fährmann. 2020. Gefährdete Freiheitsrechte in Krisenzeiten – Lehren aus der COVID-19-Pandemie. *vorgänge* 59:99–111.
- Agoropoulos, Alexa, Ben Hundertmark, Jasper Janssen und Louis Tabea. 2021. #instacops: Strategien und Narrative digitaler Polizeiarbeit am Beispiel des Digitalen Community Policings der Polizei Niedersachsen. In *Perspektiven der Polizeiforschung. 1. Nachwuchstagung Empirische Polizeiforschung 4./5. März 2021*, Hrsg. Clemens Arzt et al., 219–234. Berlin: HWR Berlin.
- Behr, Rafael. 2008. *Cop Culture – der Alltag des Gewaltmonopols: Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Behr, Rafael. 2019. Verdacht und Vorurteil. Die polizeiliche Konstruktion der „gefährlichen Fremden“. In *Polizei und Gesellschaft*, Hrsg. Christiane Howe und Lars Ostermeier, 17–45. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Behrendes, Udo. 2023. Die Polizei als vertrauensbasierte Organisation?! In *DenkWege – Ethik und Seelsorge in der Polizei, Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung*, Hrsg. Tobias Trappe und Peter Schröder-Bäck, 45–64. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Bowling, Benjamin, Robert Reiner und James W. E. Sheptycki. 2019. *The Politics of the Police*. Fifth edition. Oxford: Oxford University Press.
- Brenneisen, Hartmut et al. 2020. Coronakrise und die Auswirkungen auf Polizei, Kriminalität und Freiheitsrechte. *Die Kriminalpolizei*. <https://www.kriminalpolizei.de/ausgaben/2020/september/detailansicht-september/artikel/coronakrise-und-die-auswirkungen-auf-polizei-kriminalitaet-und-freiheitsrechte.html> (Zugegriffen: 21. Jan. 2026).
- Derin, Benjamin, und Tobias Singelstein. 2022. *Die Polizei: Helfer, Gegner, Staatsgewalt: Inspektion einer mächtigen Organisation*. Berlin: Econ.
- Dosdall, Henrik. 2023. Die Organisation Polizei. In *Handbuch Organisationstypen*, Hrsg. Maja Apelt und Veronika Tacke, 213–234. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Egbert, Simon, Elena Esposito und Maximilian Heimstädt. 2022. Vorhersagen und Entscheiden: Predictive Policing in Polizeiorganisationen. *Soziale Systeme* 26:189–216.
- Egbert, Simon, Mina Godarzani-Bakhtiari, Jasper Janssen und René Tuma. 2025. Die Neue Sichtbarkeit der Polizei: Eine kritische Diskussion aus visualitätssoziologischer Perspektive. *Kriminologisches Journal* 56:211–228.
- Eick, Volker, Jenny Künkel und Marie-Therese Piening. 2025. „Vertrauen in die Polizei? Eine Frage der Legitimität“. *CILIP Bürgerrechte & Polizei* 139 (Dezember 2025):3-12.

- Ellebrecht, Sabrina. 2022. Vielfalt rekrutieren: Wen rekrutiert die Polizei und wen nicht? – Öffnungsprozesse und Personalgewinnung der Polizeien in Deutschland seit den 1990er Jahren. *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 70:516–536.
- Espin Grau, Hannah, und Tobias Singelstein. 2023. Schmerzgriffe als Technik in der polizeilichen Praxis. *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/schmerzgriffe-als-technik-in-der-polizeilichen-praxis/> (Zugegriffen: 21. Jan. 2026).
- Feest, Johannes, und Erhard Blankenburg. 1972. *Die Definitionsmacht der Polizei: Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion*. Düsseldorf: Bertelsmann-Univ.-Verl.
- Flinterud, Guro, und Jenny Maria Lundgaard. 2024. Machineries of Knowledge Construction: Exploring the Epistemic Agency of Digital Systems in Policing. *European Journal of Policing Studies* 7:126–146.
- Geugjes, Marilena, Leonie Jantzer und Svenja Keitzel. 2022. Flucht und Migration in der Stadt: Stadtspezifische Wahrnehmung, Darstellung und Bearbeitung durch die Polizei. *Polizei & Wissenschaft* 23:50–64.
- Goldsmith, A. J. 2010. Policing's New Visibility. *British Journal of Criminology* 50:914–934.
- Gulliver, Robyn E., Robin Banks, Kelly S. Fielding und Winnifred R. Louis. 2023. The Criminalization of Climate Change Protest. *Contention* 11:24–54.
- Hall, Stuart, Chas Critcher, Tony Jefferson, John Clarke und Brian Roberts. 1978. *Policing the Crisis: Mugging, the State and Law and Order*. London/Basingstoke: Macmillan.
- Herrnkind, Martin. 2014. Filzen Sie die üblichen Verdächtigen!“ oder: Racial Profiling in Deutschland. *Polizei & Wissenschaft* 15:35–58.
- Honekamp, Wilfried, und Stefanie Kemme. 2025. Herausforderungen für die Arbeit der Polizei durch den Einsatz von KI auf Täter:innenseite – technische und kriminologische Erkenntnisse am Beispiel großer Sprachmodelle. In *Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf die zukünftige Polizeiarbeit*, Hrsg. Wilfried Honekamp, Stefanie Kemme und Jens Struck, 347–372. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Howe, Christiane, und Lars Ostermeier, Hrsg. 2019. *Polizei und Gesellschaft: transdisziplinäre Perspektiven zu Methoden, Theorie und Empirie reflexiver Polizeiforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Janssen, Jasper, und Alexa Agoropoulos. 2022. Betroffene Polizei? Von polizeilichen Vulnerabilitätsnarrativen zu Formen diskursiver (Re)Souveränisierung. In *Digitale Polizei: Einsatzfelder, Potenziale, Grenzen und Missstände*, Hrsg. Thomas Feltes, Kathrin Klaas und Martin Thüne, 201–220. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Jellen, Josephine. 2025. „Ordnung als Aufforderung und Anspruch: eine Ethnografie polizeilicher Arbeitsbelastungen im langen Sommer der Migration“. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt. <https://opendata.uni-halle.de/handle/1981185920/120974> (Zugegriffen: 21. Jan. 2026).
- Keitzel, Svenja. 2020. Varianzen der Verselbstständigung der Polizei per Gesetz: „Gefährliche Orte“ im bundesweiten Vergleich. *Kriminologisches Journal* 52:191–209.
- Küppers, Jan-Philipp. 2024. *Polizei und Bürgerbeteiligung: Impulse für mehr Vertrauen, Kooperation und Akzeptanz*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Leese, Matthias. 2024. Staying in control of technology: predictive policing, democracy, and digital sovereignty. *Democratization* 31:963–978.
- Loick, Daniel. 2018. Was ist Polizeikritik? In *Kritik der Polizei*, Hrsg. Daniel Loick, 9–35. Weinheim: Campus Verlag.
- Lundgaard, Jenny Maria, Brita Bjørkelo, Guro Flinterud und Johanne Yttri Dahl. 2025. Knowledge, technologies and the police. *Nordic Journal of Science and Technology Studies* 13:3–4.
- Nielson, Kyler R., Yan Zhang und Jason R. Ingram. 2022. The impact of COVID-19 on police officer activities. *Journal of Criminal Justice* 82:101943.
- Niemz, Johannes, und Tobias Singelstein. 2022. Racial Profiling als polizeiliche Praxis. In *Rassismus in der Polizei*, Hrsg. Daniela Hunold und Tobias Singelstein, 337–358. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Renter, Reinhard. 2024. *Achtsamkeit in der Polizei: Wege zu mehr Resilienz und Effektivität*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

- Schaar, Peter. 2016. Freiheit und Sicherheit – das verlorene Gleichgewicht. In *Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit*, Hrsg. Gabriele Abels, 25–44. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Schmidt, Stephanie. 2023. *Affekt und Polizei: eine Ethnografie der Wut in der exekutiven Gewaltarbeit*. Bielefeld: transcript.
- Schuhmacher, Nils, Philipp Knopp und Roman Thurn. 2025. Editorial: Repression. *Kriminologisches Journal* 56:3–11.
- Seidensticker, Kai. 2025. Fehler über alles? Einführung in die Thematik. In *Fehlerkultur in der Polizei*, Hrsg. Kai Seidensticker, 19–47. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Seidensticker, Kai, und Felix Bode. 2022. Good Policing in Times of Abstract Police. In *The Abstract Police: Critical Reflections on Contemporary Change in Police Organisations*, Hrsg. Jan Terpstra, Renze Salet und Nicholas Fyfe, 169–182. Utrecht: Eleven International.
- Singelstein, Tobias. 2025. Werkzeug oder Widersacherin? Rolle und Entwicklung der Polizei in Zeiten der AfD. In *Autoritäre Treiber eines Systemwechsels. Zur Destabilisierung von Institutionen durch die AfD*, Hrsg. Günter Frankenberg und Wilhelm Heitmeyer, 143–160. Frankfurt am Main: Campus.
- Steg, Joris. 2020. Was heißt eigentlich Krise? *Soziologie* 49:423–435.
- Steinhäuser, Alexander, und Frederike Beckmann. 2024. Interkulturelle Kompetenz und interkulturelles Training im Polizeistudium. In *Diversität und Polizei*, Hrsg. Mario S. Staller und Swen Koerner, 215–237. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Terpstra, Jan, Nicholas R. Fyfe und Renze Salet. 2019. The Abstract Police: A conceptual exploration of unintended changes of police organisations. *The Police Journal: Theory, Practice and Principles* 92:339–359.
- Thurn, Roman. 2025. *Verdacht und Kontrolle: die polizeiliche Praxis anlassunabhängiger Personenkontrollen*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Weiß, Anja, Antonio Vera, Martin Brussig und Rafael Behr. 2022. Auswirkungen von Migration auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei: Eine Einführung. In *Migration und Polizei*, Hrsg. Antonio Vera, Rafael Behr, Martin Brussig und Anja Weiß, 7–18. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Weißmann, Martin. 2023. *Organisiertes Misstrauen und ausdifferenzierte Kontrolle. Zur Soziologie der Polizei*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wilz, Sylvia Marlene. 2012. Die Polizei als Organisation. In *Handbuch Organisationstypen*, Hrsg. Maja Apelt und Veronika Tacke, 113–131. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zaiser, Benjamin, Mario Staller und Swen Koerner. 2022. Polizeiliche Kommunikationsfähigkeit und deeskalative Handlungskompetenz – Grundlagen und Potenzial des Einsatztrainings. In *Handbuch polizeiliches Einsatztraining*, Hrsg. Mario Staller und Swen Koerner, 279–295. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Zeiser, Matthias, und Marwin Engel. 2022. Freiheit und Gesundheit? – Die Polizei im Spannungsfeld des Infektionsschutzes. In *Politik zwischen Macht und Ohnmacht, Studien zur Inneren Sicherheit*, Hrsg. Hans-Jürgen Lange, 399–420. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Zum-Bruch, Elena Isabel. 2019. *Polizeiliche pro-organisationale Devianz: Eine Typologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.